



# Pilotmonitor politische Bildung. Indikatoren zur datengestützten Berichterstattung

## Kapitel 1: Grundlagen, Kapitel 2: Methodologie

---

### Bibliografische Angaben

Abs, Hermann Josef / Entgartner, Tim / Hedtke, Reinhold / Oberle, Monika / Heijens, Marie / Hellmich, Simon Niklas / Hulkovych, Valeriia / Huschle, Lucy / Wasenitz, Stella (Hrsg.) (2025): Pilotmonitor politische Bildung. Indikatoren zur datengestützten Berichterstattung, Kapitel 1 und 2, S. 24-67. Bonn

Die folgende Darstellung bezieht sich auf Kapitel 1 („Grundlagen einer datengestützten Berichterstattung zur politischen Bildung“) und Kapitel 2 (Methodologie eines Monitorings für die politische Bildung“) des Pilotmonitors politische Bildung. Weitere Datenbankeinträge zum Pilotmonitor politische Bildung sind in Kürze in der Datenbank von *Transfer für Bildung e.V.* verfügbar.

*Laut den Autor\*innen des Pilotmonitors politische Bildung mangelt es bislang an systematischen, vergleichbaren Daten zur Verankerung und Wirksamkeit politischer Bildung in verschiedenen Bildungsbereichen. Die Studie, entwickelt im Rahmen der von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb geförderten Machbarkeitsstudie Monitor politische Bildung (2021-2025), adressiert diese Lücke und bietet ein bereichsübergreifendes Indikatorensystem. Sie geht den Fragen nach, wie Lernende politische Bildung erfahren, wie Organisationen Bildungsangebote gestalten und wie pädagogisches Personal auf seine Rolle vorbereitet wird (a.a.O.: 18).*

*Der Pilotmonitor zeigt auf, wo zentrale Herausforderungen, Bedarfe und Datenlücken liegen, und empfiehlt den Aufbau eines dauerhaft angelegten, indikatorengestützten Monitorings. Dieses soll politische Bildung datenbasiert sichtbar machen, systematisch weiterentwickeln und stärker in bildungspolitische Entscheidungsprozesse integrieren. Im Bewusstsein um die Limitationen datengestützter Berichterstattung versteht sich der Monitor damit als Ausgangspunkt für eine evidenzbasierte Bildungsberichterstattung zur politischen Bildung in Deutschland (a.a.O.: 27).*

*Untersucht wurden vier zentrale Bildungsbereiche: Schule, Hochschule, Lehrkräftebildung (zweite und dritte Phase) sowie außerschulische politische Bildung. Die Ergebnisse zeigen erhebliche regionale, institutionelle und soziale Ungleichheiten im Zugang und in der Qualität politischer Bildung. Insbesondere für sozioökonomisch benachteiligte Gruppen sowie Personen mit instabilen*



*Bildungsbiografien sind die Zugangsmöglichkeiten zu politischer Bildung oft eingeschränkt (a.a.O. 58). In der Hochschulbildung fehlen institutionalisierte Ausbildungswege für außerschulische politische Bildner/-innen und auch in der Lehrkräftebildung bestehen curricular-inhaltliche Defizite sowie mangelnde systematische Qualitätskontrollen. Die außerschulische politische Bildung ist gekennzeichnet durch fragmentierte Datenstrukturen, unzureichende Vergütung des Bildungspersonals und regionale Ungleichverteilung von Angeboten.*

## **zu Kapitel 1: Grundlagen einer datengestützten Berichterstattung zur politischen Bildung**

### Relevanz und Forschungsinteresse

Engartner, Abs, Hedtke und Oberle beschreiben zu Beginn die Grundlagen für eine datengestützte Berichterstattung zur politischen Bildung in Deutschland und unterstreichen dabei die zunehmende Bedeutung einer systematischen Beobachtung der Strukturen politischer Bildung. Insbesondere vor dem Hintergrund wachsenden autoritären Populismus und schwindenden Vertrauens in demokratische Institutionen betonen sie die wichtige Funktion politischer Bildung und weisen gleichzeitig auf die unzureichenden strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen hin (a.a.O.: 24).

In ihrer Analyse definieren sie ein systematisches Bildungsmonitoring als kontinuierliche Beobachtung von Rahmenbedingungen, Verlauf, Ergebnissen und Erträgen von Bildungsprozessen, um politische Handlungsbedarfe frühzeitig zu erkennen (a.a.O.: 25). Im Gegensatz zu anderen Bildungsbereichen gebe es in Deutschland bisher keine regelmäßige, umfassende und bereichsübergreifende Berichterstattung zur politischen Bildung. Die Studie stellt einen eklatanten Mangel an belastbaren, wiederkehrenden Daten sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene fest. Zudem fehle eine zusammenhängende Betrachtung der schulischen, hochschulischen und außerschulischen politischen Bildung sowie der Lehrkräftebildung in der zweiten und dritten Phase (a.a.O.: 25).

Auf dieser Grundlage verfolgt der Pilotmonitor das Ziel, durch die Auswahl relevanter Indikatoren ein erstes Set an datenbasierten Grundlagen zu schaffen, das die Vielfalt politischer Bildungsangebote systematisiert und bildungspolitische Herausforderungen sichtbar macht (a.a.O.: 26). Dabei liegt der Fokus auf vier zentralen Bildungsbereichen: Schule, Hochschule, Lehrkräftebildung (zweite und dritte Phase) sowie außerschulische politische Bildung. Diese Auswahl ermögliche erste bereichsübergreifende Vergleiche und Erkenntnisse, auch wenn eine vollständige Abbildung des gesamten Feldes noch nicht erreicht werde (a.a.O.: 26).



Den Autor\*innen zufolge bringt ein datengestütztes Monitoring zahlreiche Vorteile mit sich: Es kann Bildungsbedarfe und Ungleichheiten frühzeitig aufzeigen, die Qualitätssicherung und strategische Weiterentwicklung politischer Bildung fördern, Transparenz schaffen und Rechenschaft ermöglichen sowie Impulse für neue Programme und internationale Vergleichsstudien geben (a.a.O.: 26). Außerdem ermögliche es verschiedenen Akteur\*innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wissenschaft eine fundiertere Einordnung ihrer Aktivitäten im Feld der politischen Bildung (a.a.O.: 27).

Gleichzeitig weisen die Verfasser\*innen auf Einschränkungen eines solchen Monitorings hin: Bildungspolitische Entscheidungen basierten nicht immer auf rationaler Evidenz, sondern seien oft von politischen oder administrativen Pfadabhängigkeiten geprägt. Zudem bestehe die Gefahr, dass vor allem quantifizierbare Aspekte politische Aufmerksamkeit erhielten, während schwer messbare, aber wichtige Inhalte wie habituelle Veränderungen vernachlässigt würden (a.a.O.: 27). Deshalb fordern die Autor\*innen einen reflektierten Umgang mit Indikatoren und eine kritische Betrachtung ihrer Rolle in der Steuerung politischer Bildung.

Abschließend resümieren Engartner, Abs, Hedtke und Oberle, dass der Pilotmonitor eine wichtige Grundlage für eine regelmäßig wiederkehrende, indikatorengestützte Berichterstattung bildet, die langfristig eine informierte und evidenzbasierte Weiterentwicklung politischer Bildung in Deutschland ermöglichen kann (a.a.O.: 27). Das Hauptinteresse des Pilotmonitors liegt somit darin, die Durchführbarkeit eines solchen Monitorings im Sinne einer Machbarkeitsstudie zu erproben.

#### Definition politischer Bildung

Für den Pilotmonitor politische Bildung gehen Engartner, Abs, Hedtke und Oberle von einer Definition von politischer Bildung aus, die diese als Förderung politischer Mündigkeit versteht, die sich in politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit äußert (a.a.O.: 28). Dabei beruht das zugrundeliegende Politikverständnis auf der Idee, dass Politik als Regelung von Konflikten über Werte, Interessen, Ressourcen und Macht zu verstehen ist, mit dem Ziel, das Zusammenleben in pluralen Gesellschaften durch allgemeinverbindliche Entscheidungen zu gestalten (a.a.O.: 28). Die Autor\*innen betonen, dass in demokratischen Kontexten diese Grundannahme durch das Prinzip der Volkssouveränität ergänzt wird, wobei verschiedene Demokratietypen wie liberal, republikanisch oder konsensual berücksichtigt werden (a.a.O.: 28).

Politische Bildung umfasst, laut den Verfasser\*innen, nicht nur die Vermittlung von Wissen, sondern auch die Entwicklung von Fähigkeiten, die eine politische Positionierung und die Vertretung eigener Interessen ermöglichen sowie das Engagement für demokratische Werte, Institutionen und Rechte fördern (a.a.O.: 29). Dabei werden nicht nur objektive Wissensaspekte, sondern auch subjektive Dimensionen wie Selbstwirksamkeit, Wachsamkeit und Offenheit gegenüber politischen Prozessen

hervorgehoben. Der dynamische und stets im Wandel befindliche Charakter von Politik und Demokratie wird ausdrücklich als konstitutiver Bestandteil politischer Bildung verstanden (a.a.O.: 29).

Die im Pilotmonitor verwendete Definition politischer Bildung sei als vorläufige Arbeitsdefinition zu verstehen, die primär der pragmatischen Eingrenzung des Gegenstandsbereichs diene und somit die datenbasierte Beschreibung im Rahmen der Pilotierungsphase ermögliche (a.a.O.: 28). Die Autor\*innen betonen dabei ausdrücklich, dass politische Bildung ein vielschichtiger und dynamischer Begriff sei, der nicht abschließend gefasst werden könne. Vor diesem Hintergrund weisen sie auf die Notwendigkeit hin, dass eine datengestützte Berichterstattung den verwendeten Bildungsbegriff kontinuierlich reflektieren und weiterentwickeln müsse – insbesondere in Auseinandersetzung mit den im Feld vertretenen Selbstverständnissen politischer Bildung (a.a.O.: 28-29). Die Begriffe selbst werden somit nicht nur beschrieben, sondern zugleich zum Gegenstand der Berichterstattung, die auf ihre Weiterentwicklung rückwirkt.

Engartner, Abs, Hedtke und Oberle sehen diese Definition damit als pragmatischen Ausgangspunkt für die Berichterstattung im Rahmen des Pilotmonitors. Sie betonen, dass diese Grundlage im Verlauf weiterer Berichterstattung kritisch reflektiert und weiterentwickelt werden soll (a.a.O.: 28-29). Zudem verstehen sie politische Bildung als ein bereichsübergreifendes Bildungsfeld, das nicht auf einzelne Fächer oder Institutionen beschränkt sein, aber dennoch einer gewissen Fokussierung und Eingrenzung bedürfe, um eine bessere Erfassung und Analyse zu ermöglichen (a.a.O.: 29).

#### Rahmenbedingungen und konzeptionelle Besonderheiten der Studie

Die Autor\*innen des Pilotmonitors politische Bildung verorten ihre Studie vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher und institutioneller Entwicklungen, die die politische Bildung in Deutschland prägen. Sie verweisen auf wachsenden Bedarf an politischer Bildung angesichts demokratischer Erosionsprozesse, gesellschaftlicher Polarisierung sowie populistischer und extremistischer Tendenzen. Politische Bildung komme in diesem Zusammenhang eine potenziell stabilisierende Funktion für die Demokratie zu – nicht nur im schulischen, sondern ebenso im hochschulischen und außerschulischen Bereich (a.a.O.: 30-31).

Gleichzeitig weisen Engartner, Abs, Hedtke und Oberle auf strukturelle Ungleichheiten hin, die den Zugang zu politischer Bildung erschweren. Personen mit geringerem sozialem oder kulturellem Kapital sowie Menschen mit Migrationsgeschichte hätten im Durchschnitt geringere Teilhabechancen – sowohl innerhalb als auch außerhalb des schulischen Kontexts (a.a.O.: 31). Hinzu komme, dass politischer Unterricht häufig von fachfremden Lehrkräften erteilt wird, was auf eine unzureichende Professionalisierung hinweise (a.a.O.: 32-33). Auch in der Lehrkräftebildung bestünden Defizite, etwa durch fehlende verbindliche Standards und unzureichende Fortbildungsstrukturen (a.a.O.: 32-34).



Für den Bereich der außerschulischen politischen Bildung wird ein ähnliches Bild gezeichnet: Viele Akteur\*innen verfügten nicht über eine systematische, didaktische Ausbildung und die oft projektbasierte Finanzierung erschwere eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung (a.a.O.: 34). Diese strukturellen Rahmenbedingungen verdeutlichten, laut den Autor\*innen, dass politische Bildung zwar gesellschaftlich breit anerkannt sein, institutionell und ressourcenbezogen aber weiterhin unterentwickelt bleibe (a.a.O.: 37).

Im europäischen Vergleich verweisen die Autor\*innen auf bestehende Monitoringansätze – etwa die Charter on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education des Europarats oder die Eurydice-Berichte der EU –, die jedoch meist auf Selbstberichten beruhen und sich überwiegend auf den schulischen Bereich beschränken (a.a.O.: 36-37). Ein systematisches, datengestütztes Monitoring für die politische Bildung in Deutschland existiere bislang nicht.

Vor diesem Hintergrund verstehen Engartner, Abs, Hedtke und Oberle den Pilotmonitor als ersten Versuch, eine indikatorengestützte und bereichsübergreifende Datengrundlage für die politische Bildung in Deutschland zu schaffen. Ziel sei es, Schule, Hochschule, Lehrkräftebildung sowie außerschulische Bildung gemeinsam in den Blick zu nehmen und langfristig vergleichbare Berichterstattung zu ermöglichen (a.a.O.: 38-39). Dabei soll die Studie weniger ein abschließendes Bild liefern, sondern vielmehr Strukturen, Finanzierungszusammenhänge und Forschungsdesiderate sichtbar machen.

Besonderes Augenmerk liegt auf Fragen der Finanzierung und der institutionellen Abstimmung zwischen Bildungsphasen. Zwar konnten bisher nur exemplarische Daten erhoben werden, doch wird perspektivisch angestrebt, auf dieser Grundlage ein kontinuierliches, mehrjähriges Berichtssystem zu entwickeln (a.a.O.: 39-40). Dieses soll nicht zuletzt den Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik fördern, wobei ein mehrstufiges Kommunikationskonzept – mit digitalen Rückmeldemöglichkeiten und Fachgesprächen – vorgesehen ist (a.a.O.: 41).

Insgesamt positionieren die Autor\*innen den Pilotmonitor damit als explorativen Beitrag zur Schaffung einer empirisch fundierten, systematisch anschlussfähigen Berichterstattung über politische Bildung in Deutschland – unter Anerkennung der bestehenden methodischen, strukturellen und politischen Grenzen.



## **zu Kapitel 2: Methodologie eines Monitorings für die politische Bildung**

### Herausforderungen, Untersuchungsbereiche und Entwicklungsschritte

Oberle, Hedtke, Abs und Engartner beschreiben zentrale Herausforderungen bei der Entwicklung eines Monitoringsystems für die politische Bildung in Deutschland. Sie betonen, dass die große Heterogenität des Feldes sowie institutionelle, methodische und datentechnische Komplexität eine vollständige Erfassung politischer Bildung erschwerten. Daher sei eine begründete Fokussierung auf zentrale Bildungsbereiche notwendig gewesen. Um einer Reproduktion bestehender Unsichtbarkeiten entgegenzuwirken, sei bei der Auswahl besonders auf Transparenz geachtet worden (a.a.O.: 48-49).

Besondere Schwierigkeiten sehen die Autor\*innen in der föderalen Struktur Deutschlands, die mit unterschiedlichen bildungspolitischen Zuständigkeiten einhergeht. Auch die Verfügbarkeit und Qualität von Daten gestalte sich sehr uneinheitlich. Der Pilotmonitor verzichte daher bewusst auf Rankings und setze stattdessen auf die Offenlegung der verwendeten Datenquellen und Indikatoren, um verkürzten Interpretationen vorzubeugen (a.a.O.: 48-49). Da Daten aus der Perspektive der Teilnehmenden bislang kaum vorliegen, stütze sich das Monitoring derzeit vor allem auf die Angebotsseite (a.a.O.: 49).

Die Entscheidung, sich auf die vier Bildungsbereiche Schule, Hochschule, zweite und dritte Phase der Lehrkräftebildung sowie außerschulische politische Bildung zu konzentrieren, sei aus pragmatischen Gründen erfolgt. Bereiche wie die frühkindliche Bildung oder das Mediensystem wurden vorerst nicht einbezogen. Die gewählte Struktur ermögliche eine integrative Betrachtung politischer Bildungsangebote, wobei quantitative Daten aufbereitet und mithilfe von Recherchen und Dokumentenanalysen in Indikatoren überführt wurden (a.a.O.: 50-51). (Nähere Informationen zu den einzelnen Indikatoren finden sich in Kürze in weiteren Einträgen zum Pilotmonitor in der Datenbank).

Inhaltlich wird die politische Bildung in der Schule als zentrales Element für bestimmte Altersgruppen betrachtet. Diese sei eng mit der hochschulischen Ausbildung des Lehrpersonals und der darauf aufbauenden weiteren Qualifizierung in der Lehrkräftebildung verzahnt. Die Hochschulen übernehmen dabei vorrangig die fachdidaktische Qualifizierung zukünftiger Lehrkräfte. In der zweiten und dritten Phase der Lehrkräftebildung werden hochschulische und schulpraktische Komponenten verbunden und auf Professionalisierung ausgerichtet. Die außerschulische politische Bildung hingegen richtet sich an die Gesamtbevölkerung, ergänzt schulische Angebote und zeichnet sich durch eine weniger institutionalisierte, aber stark vernetzte Struktur aus (a.a.O.: 50-52).

Durch die bereichsübergreifende Verknüpfung der Indikatoren könnten laut den Autor\*innen perspektivisch sowohl professionelle Qualifikationsbiografien aus Sicht der Lehrkräfte als auch

persönliche Biografien politischer Bildung aus Perspektive der Teilnehmenden nachvollzogen werden. Die Autor\*innen erhoffen sich durch die Anwendung des entwickelten Indikatorensystems, trotz der bestehenden sektoraler Trennungen, neue Perspektiven für evidenzbasierte Entscheidungen, auch wenn eine bereichsübergreifende Steuerung bislang nur eingeschränkt möglich sei (a.a.O.: 51-52).

Die methodische Entwicklung des Monitorings folgte in einem mehrstufigen Vorgehen. Nachdem zunächst Zwecke, Zielgruppen und relevante Bereiche definiert worden waren (vgl. Kapitel 1), analysierten die Autor\*innen bestehende Datenbestände kritisch entlang der Dimensionen Gelegenheitsstrukturen, Prozesse und Ergebnisse. Dabei habe sich gezeigt, dass viele relevante Daten – etwa zu fachfremdem Unterricht oder zur außerschulischen Bildung – nicht zentral erfasst oder nur unzureichend vereinheitlicht seien (a.a.O.: 54-55). Anschließend wurden die verfügbaren Datenquellen systematisch aufbereitet und hinsichtlich ihrer Nutzbarkeit für das Monitoring geprüft.

Im nächsten Schritt sollten dann die Indikatoren ausgewählt und entwickelt werden. Ein Indikator beschreibt dabei die bewusste Selektion einzelner Daten, die aus den vorhandenen Datensätzen gewonnen und mit weiteren Daten in Beziehung gesetzt werden, um aussagekräftige Ergebnisse zu erzielen. Bei der Entwicklung und Auswahl eines Indikators wurde für jeden Indikator gesondert entschieden, welche Daten aus einem Datensatz genutzt und wie sie zusammengefasst werden sollten. Beispielsweise galt es abzuwägen, ob statistische Angaben zu Absolvierenden von Lehramtsstudiengängen ausschließlich chronologisch oder in Verbindung mit weiteren Daten wie Geschlecht, Bundesland oder Studiendauer präsentiert werden sollten. Die konkrete Zusammensetzung und Auswahl eines Indikators erfolgte schließlich anhand allgemeiner methodischer Kriterien wie Objektivität, Reliabilität und Validität. Darüber hinaus ziele der Pilotmonitor „speziell auf quantitative, repräsentative, regelmäßig verfügbare und handlungsrelevante Daten“ (a.a.O.: 55). Nach Einschätzung der Autor\*innen sind darüber hinaus zusätzliche Kriterien wie Responsivität (Einschätzungen der Lernenden), Egalität (Zugangschancen und Zielgruppenerreichung), Effektivität (Ergebnisse politischer Bildung) und Qualität (Prozessqualitäten) von besonderem Gewicht für ein Bildungsmonitoring der politischen Bildung (a.a.O.: 55).

Die Auswahl und Entwicklung geeigneter Indikatoren erfolgte demnach unter methodischen und bildungspolitischen Gesichtspunkten. Ziel sei es gewesen, sowohl handlungsrelevante als auch regelmäßig verfügbare Daten zu erschließen (a.a.O.: 55-56).

Auch der Turnus der Berichterstattung wurde thematisiert. Dabei wurde berücksichtigt, dass Daten unterschiedlich schnell verfügbar sind. Neben regelmäßigen Gesamtberichten seien auch thematische Teilberichte denkbar, wie sie etwa der European Education and Training Monitor vorsieht (a.a.O.: 56).

Im Hinblick auf die Dokumentation und Qualitätssicherung sei, nach Angaben der Autor\*innen, die Gewährleistung von Transparenz angesichts der Vielzahl an Datenquellen ein weiterer wichtiger Aspekt. Deshalb werde ausführlich auf Quellen verwiesen und ergänzende Materialien werden online bereitgestellt (ausführlicher Annex zur Studie:

[https://www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/bpb\\_SR\\_11134\\_Annex\\_Pilotmonitor\\_politische\\_Bildung\\_0.pdf](https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_SR_11134_Annex_Pilotmonitor_politische_Bildung_0.pdf)). Die Autor\*innen betonen, dass externe Rückmeldungen ausdrücklich erwünscht seien, um die Weiterentwicklung des Monitorings zu unterstützen (a.a.O.: 56-57). Eine begleitende Online-Plattform soll einen fortlaufenden Dialog ermöglichen und Raum für Rückmeldungen bieten (a.a.O.: 57).

#### Vergleichsdimensionen, Datenquellen und Reflexion des Vorgehens

Im Rahmen ihrer methodologischen Überlegungen zur Entwicklung des Pilotmonitors analysieren Oberle, Hedtke, Abs und Engartner, welche Vergleichsdimensionen für ein datenbasiertes Monitoring politischer Bildung geeignet sind. Sie verweisen darauf, dass internationale Vergleichsstudien wie PISA (Programme for International Student Assessment), ICCS (International Civic and Citizenship Education Study) oder TIMSS (Trends in International Mathematics and Science Study) sowie nationale Projekte wie der IQB-Bildungstrend (IBQ = Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen – Wissenschaftliche Einrichtung der Länder an der Humboldt-Universität zu Berlin e.V.) oder das Nationale Bildungspanel (NEPS) längst fester Bestandteil der Bildungsberichterstattung seien, bei denen insbesondere Vergleiche nach Bundesländern, Geschlecht oder sozialer Herkunft gezogen würden, um Bildungsungleichheiten sichtbar zu machen (a.a.O.: 58-59).

Oberle, Hedtke, Abs und Engartner argumentieren, dass der Bildungserfolg in Deutschland stark vom sozioökonomischen Hintergrund abhängt. Zugleich spielten aber auch Faktoren wie die Qualität von Schule und Unterricht sowie die Professionalität des pädagogischen Personals eine zentrale Rolle (a.a.O.: 59). Laut den Autor\*innen versuche der Pilotmonitor diese Logik aufzugreifen, indem er unterschiedliche Vergleichsdimensionen – darunter zeitliche, räumliche und institutionelle – systematisch integriert. Ziel sei es, durch die Analyse aggregierter Daten bildungspolitisch relevante Entwicklungen zu identifizieren und daraus steuerungswirksame Impulse abzuleiten (a.a.O.: 60).

Die Auswahl der Datenquellen für den Pilotmonitor folgte einem strukturierten Kriterienkatalog. Berücksichtigt wurden vor allem bestehende Datengrundlagen, die als repräsentativ für Deutschland gelten, regelmäßig erhoben werden, quantitativen Gütekriterien entsprechen und bildungspolitisch relevante Informationen bieten (a.a.O.: 61). Ergänzend dazu fanden eigene Erhebungen dort statt, wo zentrale Informationen bislang fehlten.

Die zugrunde liegenden Daten ließen sich, laut den Autor\*innen, in drei Kategorien einteilen: erstens frei verfügbare Daten, zweitens Datensätze, die nur auf Anfrage zugänglich waren, und drittens



eigens erhobene Daten, mit denen exemplarisch auf bestehende Lücken in der statistischen Erhebung politischer Bildung hingewiesen werden sollte (a.a.O.: 61-62).

Der Pilotmonitor basiert auf einem breiten Spektrum an Datenquellen: Zu den amtlichen Dokumenten zählten unter anderem Schulcurricula, Studententafeln, Modulhandbücher sowie landesspezifische Verordnungen. Darüber hinaus kamen amtliche Statistiken wie die Schulstatistik, die Studierendenstatistik oder das Berichtswesen Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen zum Einsatz. Auch institutionalisierte Datenbanken wie ProHaBil – die Datenbank über abgeschlossene Promotionen und Habilitationen der Bildungsforschung – sowie die Deutsche Nationalbibliothek wurden herangezogen.

Neben diesen administrativen und strukturellen Daten griff das Projekt auf wiederkehrende, repräsentative Umfragen zurück. Dazu gehörten beispielsweise das Nationale Bildungspanel (NEPS) und die Deutsche Studierendenbefragung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), die beide längsschnittlich angelegt sind und detaillierte Einblicke in Bildungsprozesse liefern konnten (a.a.O.: 61-62).

Ein besonderes Augenmerk richtete sich im Pilotmonitor auf eigens durchgeführte Befragungen, die aus Sicht der Autor\*innen notwendig waren, um bislang unbearbeitete Felder zu erschließen. Für die zweite und dritte Phase der Lehrkräftebildung wurden etwa Daten zur Wirksamkeit politischer Bildung erhoben, während für den Hochschulbereich eine Befragung fachlich einschlägiger Professuren durchgeführt wurde. Im Bereich der außerschulischen politischen Bildung wurden Bildungsträger zu Themen wie Personal, Zielgruppen, Formate und Schwerpunkte befragt. Ergänzend dazu integrierte der Monitor Fragen zur Teilnahme an politischer Bildung in eine deutschlandweit repräsentative Erwachsenenbefragung, die in Kooperation mit dem Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) realisiert wurde (a.a.O.: 61-62).

Schließlich wurden Fachgespräche mit Expertinnen und Experten aus Bildungsadministration, Wissenschaft und Praxis geführt. Die Interviews dienten insbesondere der Identifikation geeigneter Datenquellen und sollten dabei helfen, die Aussagekraft vorhandener Daten fundiert einzuordnen (a.a.O.: 62).

Diese Kombination aus unterschiedlichen Quellen sollte eine möglichst differenzierte Abbildung politischer Bildung in den analysierten Bildungsbereichen ermöglichen. Gleichzeitig sollte die Datenbasis so angelegt sein, dass auch vertiefende Subgruppenanalysen – etwa auf Landesebene oder in Bezug auf bestimmte Zielgruppen – durchgeführt werden konnten (a.a.O.: 61).

Oberle, Hedtke, Abs und Engartner betonen auch die methodischen Herausforderungen, die mit der Nutzung institutionell bereitgestellter Daten verbunden sind. Diese könnten etwa von spezifischen



Interessen der datenliefernden Organisationen beeinflusst sein, was sich in Selektivitäten oder in der Zurückhaltung bei der Datenfreigabe niederschlägt. Um solchen potenziellen Verzerrungen entgegenzuwirken, setzt der Pilotmonitor auf eine Kombination (Triangulation) unterschiedlicher Datenquellen, eine nachvollziehbare Dokumentation der Datengrundlagen sowie eine Offenlegung bestehender Datenlücken (a.a.O.: 63-65).

Ein weiterer Aspekt, den die Autor\*innen betonen, betrifft mögliche Rollen- und Interessenkonflikte bei der Erhebung und Auswertung von Daten. Demnach seien die bereitgestellten Informationen oftmals durch die Interessen der beteiligten Institutionen geprägt – etwa durch selektive Veröffentlichungspraxis oder eingeschränkten Zugang zu sensiblen Daten (a.a.O.: 63-64). Dieses Spannungsverhältnis zwischen Transparenzanspruch und institutionellem Eigenschutz stelle eine zentrale Herausforderung für die Entwicklung eines belastbaren Monitorings dar.

Die Autor\*innen machen daher deutlich, dass ein reflektierter Umgang mit den Grenzen der Datenlage als Teil wissenschaftlicher Sorgfalt notwendig sei (a.a.O.: 64-65).

### **Anmerkungen der Fachstelle politische Bildung**

Die Ausführungen zu den *Grundlagen (Kapitel 1)* und der *Methodologie (Kapitel 2)* im Pilotmonitor politische Bildung von Abs, Engartner, Hedtke, Oberle et al. (2025) sind ein zentraler Beitrag zur konzeptionellen und methodischen Fundierung eines möglichen zukünftigen Monitoringsystems für politische Bildung in Deutschland. Bemerkenswert ist vor allem der Versuch, politische Bildung in ihrer institutionellen Breite – von Schule über Hochschule und Lehrkräftebildung bis hin zur außerschulischen Bildung – systematisch beobachtbar zu machen und damit in politische Entscheidungsprozesse einzuspeisen.

Die Autor\*innen leisten dafür wichtige Vorarbeit, indem sie versuchen, die Komplexität und Vielschichtigkeit des Feldes methodisch anspruchsvoll zu analysieren. Die Auswahl bildungsbereichsübergreifender Indikatoren, die Einbeziehung bestehender und eigens erhobener Daten sowie die kritische Reflexion über deren Aussagekraft und Begrenzungen markieren zentrale methodologische Charakteristika der Studie. Die Betonung von Offenheit, Transparenz und Triangulation in der Datenarbeit ist Ausdruck des Bemühens, ein methodisch reflektiertes und anschlussfähiges Monitoring zu entwickeln. Der Pilotmonitor unterstreicht die Notwendigkeit, bei Konzeption, Erhebung sowie Auswertung und Interpretation der Daten ausreichend Raum für Nachjustierungen und Weiterentwicklungen zu lassen – insbesondere in einem Feld, in dem bislang nur begrenzt belastbare und vergleichbare Daten vorlagen.



Gleichzeitig macht die Studie deutlich, dass die Erfassung und Analyse von Daten zur außerschulischen politischen Bildung erheblich von den zugrundeliegenden Definitionen der Praxisfelder (wer oder was wird als politische Bildung definiert) und damit der Auswahl der betrachteten Gegenstandsbereiche (wer oder was wird in die Datenerhebung einbezogen) abhängig sind.

Zusätzlich zu technischen oder methodischen Herausforderungen unterliegt die Erhebung politischer Bildung auch politischen Interessen, institutionellen Pfadabhängigkeiten und strukturellen Unwuchten. Die Unsichtbarkeit bestimmter Bereiche – etwa nicht erfasster Praxisfelder oder Ausbildungsmöglichkeiten jenseits der Hochschulbildung– verweist auf blinde Flecken, die durch ein Indikatorensystem allein nicht aufzulösen sind. Hier liegt ein wesentlicher methodischer wie auch bildungspolitischer Spannungsraum: Was sichtbar gemacht werden kann, bestimmt (mit), was als relevant gilt.

Die Autor\*innen sind hierzu um eine kritische Reflexion bemüht. Der Monitor versteht sich in dieser Hinsicht nicht als abgeschlossenes System, sondern als Ausgangspunkt für eine breitere Auseinandersetzung mit politischer Bildung. Die Ausführungen zu den Grundlagen und der Methodologie der Studie zeigen dabei, dass eine belastbare Berichterstattung nicht nur Daten braucht, sondern auch ein gemeinsames Verständnis davon, *was* im Rahmen eines Monitorings erfasst werden soll, *warum* – und *wie*.

Entscheidend wird daher sein, ob das in der Methodologie angelegte kritische Potenzial auch in der weiteren Umsetzung erhalten bleibt – und ob es gelingt, das Gesamtbild der tatsächlichen Leistungen, Herausforderungen und Bedarfe von politischer Bildung in Deutschland gegenstandsangemessen zu erfassen.

**Bezugsquelle:** Bundeszentrale für politische Bildung

<https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/561272/pilotmonitor-politische-bildung>